Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9913**

17. Wahlperiode 12. 06. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Marlene Mortler, Ingbert Liebing, Dr. Michael Fuchs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Helga Daub, Horst Meierhofer, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/8451 –

Kinder- und Jugendtourismus unterstützen und weiter fördern

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Elvira Drobinski-Weiß, Hans-Joachim Hacker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8924 –

Reisen für Kinder und Jugendliche ermöglichen – Förderung sicherstellen und „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland“ weiterentwickeln

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wollen den Kinder- und Jugendtourismus stärken. Im vorliegenden Antrag fordern die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP von der Bundesregierung unter anderem, die Qualifizierung von im Kinder- und Jugendtourismus tätigen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern weiter zu fördern. Die Bundesregierung solle zudem prüfen, inwieweit der Aufbau einer Internetplattform „Jugendtourismus in Deutschland“ unterstützt werden kann. Ferner solle sie sich für eine intensivere Vermarktung von Angeboten für den Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland einsetzen, insbesondere durch die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT). Die Koalitionsfraktionen fordern von der Bundesregierung auch eine Auflistung, welche Bundesländer Aktionspläne zum Kinder- und Jugendtourismus haben und mit welchen Maßnahmen dieser Bereich jeweils gefördert wird.

In dem Antrag heißt es, Kinder und Jugendliche würden in Deutschland oft als bedeutende Zielgruppe für den Tourismus unterschätzt und nur ungenügend

wahrgenommen. Dabei hätten Kinder- und Jugendreisen im Gegensatz zu anderen Tourismussegmenten auch eine große pädagogische und soziale Bedeutung. Deshalb sei eine weitere Verbesserung der Qualität von Kinder- und Jugendreisen eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD setzt sich mit ihrem Antrag für eine bessere Förderung von Kinder- und Jugendreisen ein. Es wird gefordert, den Titelansatz für Zuweisungen zum Bau und zur Erhaltung von zentralen und überregionalen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sowie Jugendherbergen im Bundeshaushalt 2013 wieder auf das Niveau von 2011 – in Höhe von 5 Mio. Euro – anzuheben. Außerdem müssten die Bundesmittel für Familienferienstätten, internationale Jugendarbeit und die für den Kinder- und Jugendtourismus relevanten Bundesmittel sowie das „BundesForum Kinder und Jugendreisen e. V.“ verstetigt werden. Zudem solle zur Begründung der Kompetenzen im Bereich Kinder- und Jugendtourismus eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet und ein einheitlicher Ansprechpartner für die Träger des Kinder- und Jugendtourismus geschaffen werden.

Zur Begründung heißt es in dem Antrag, Kinder- und Jugendreisen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration junger Menschen. Die Fraktion der SPD verweist auf Studien, wonach „deutlich weniger Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten – im Vergleich zu allen Jugendlichen – mindestens einmal im Jahr“ verreisten. Gleichzeitig seien öffentlich geförderte Kinder- und Jugendreisen rückläufig.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8451 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8924 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/8451 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/8924 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig Vorsitzender	**Ingbert Liebing** Berichterstatter	**Gabriele Hiller-Ohm** Berichterstatterin
	Helga Daub Berichterstatterin	**Thomas Lutze** Berichterstatter
	Markus Tressel Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Gabriele Hiller-Ohm, Helga Daub, Thomas Lutze und Markus Tressel

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 158. Sitzung am 9. Februar 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/8451** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 168. Sitzung am 22. März 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/8924** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 67. Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 87. Sitzung am 25. April 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 69. Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 105. Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 67. Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Anträge in seiner 58. Sitzung am 23. Mai 2012 gemeinsam beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8451 zu empfehlen. Der Ausschuss hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8924 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass Kinder- und Jugendreisen eine hohe wirtschaftliche, aber auch sozialpädagogische Bedeutung haben. Dieses touristische Segment umfasse einen Jahresumsatz von immerhin 12 Mrd. Euro. Allein die Jugendherbergen hätten im Jahr 2011 über zehn Millionen Übernachtungen zu verzeichnen gehabt. Die Bundesregierung unterstütze den Kinder- und Jugendtourismus auf mehreren Ebenen. Innerhalb des Kinder- und Jugendplans des Bundes seien immerhin 20 Mio. Euro für die internationale Jugendarbeit veranschlagt. Darüber hinaus stünden für das deutsch-französische Jugendwerk und das deutsch-polnische Jugendwerk insgesamt 15 Mio. Euro zur Verfügung. Deutsch-israelische Jugendbegegnungen würden über die Mittel für das Deutsche Jugendherbergswerk bezuschusst. Die mit Bundesmitteln finanzierte Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) greife das Thema im nächsten Jahr auf. 2013 werbe die DZT weltweit unter dem Slogan „Junges Reiseland Deutschland“.

Der Antrag greife aber auch eine Reihe von Punkten auf, in denen die Länder zuständig seien. So sei es sinnvoll, Reisevermittler bei der Planung von Klassenfahrten einzubeziehen, die Anerkennung von Auslandsschuljahren von Schülern stärker zu fördern oder die Ausbildung von Jugendreiseleitern zu verbessern. Dies sei als Anregung an die Länder zu verstehen und nicht als Einmischung des Bundes in Länderkompetenzen.

In den letzten Wochen seien von verschiedener Seite – zum Teil öffentlich – noch Vorschläge zur Erweiterung des Antrags gemacht worden. Zum Beispiel sei bei einer Veranstaltung des „BundesForums Kinder- und Jugendreisen e. V.“ ein Katalog an Wünschen vorgelegt worden, der aber einen nicht unerheblichen Kostenaufwand nach sich gezogen hätte. Die Fraktion der CDU/CSU habe sich jedoch dazu

entschieden, keinen Wunschkatalog in den Antrag aufzunehmen, der anschließend nicht finanziert werden könne, sondern die Anregungen bei den nächsten Haushaltsberatungen zu prüfen. Man wolle jedoch keine Erwartungen wecken, denn die Haushaltslage sei bekanntermaßen angespannt.

Mit einer Reihe von Anbietern, Verbänden und Organisationen sei auch die Frage der Abgrenzung zwischen gewerblichen und gemeinnützigen Unternehmen im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus diskutiert worden. An die Politik sei die Sorge herangetragen worden, dass gewerblicher Tourismus in unverhältnismäßiger Weise gefördert werden solle. Dies sei allerdings nicht der Fall. Beide Bereiche mit ihren Trägern und Einrichtungen hätten ihre spezielle Funktion im Segment der Kinder- und Jugendreisen. Dies betreffe die gewerblichen Unternehmen, gelte aber auch für die gemeinnützigen Einrichtungen, die darüber hinaus soziale, pädagogische oder gesundheitliche Aufgaben wahrnehmen würden. Mit der öffentlichen Förderung sollten diejenigen unterstützt werden, die besondere Leistungen für das Gemeinwohl erbringen, sei es durch besondere soziale oder pädagogische Angebote.

Es sei mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch darüber gesprochen worden, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren. Dies hätte bei der Vielzahl der vorgelegten Forderungen aber bedeutet, dass die Schlussberatung des Antrags in den Herbst hinein hätte verschoben werden müssen, was aber in der Bundesregierung nicht gewünscht gewesen sei.

Der Antrag der Fraktion der SPD sei abzulehnen, da dieser zahlreiche Kosten verursachende Forderungen enthalte, ohne dass die Sozialdemokraten erklärten, wie diese im Haushalt gedeckt werden sollten. Außerdem sei der Antrag der Fraktion der SPD nicht so umfassend wie der eigene und beziehe wichtige Gesichtspunkte nicht mit ein, wie z. B. die Aus- und Fortbildung von Jugendgruppenleitern.

Die **Fraktion der SPD** setze sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben zu reisen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es sei daher wichtig, dass im Bundeshaushalt ausreichend Mittel für preiswerte und gleichzeitig qualitativ gute Kinder- und Jugendunterkünfte zur Verfügung gestellt würden. Eine der zentralen Forderungen des SPD-Antrags sei es daher, dass die Bundesregierung die Kürzungen für die Jugendherbergen zurücknimmt. 2012 umfasse der Fördertopf nur noch 4,5 Mio. Euro. Die geplante noch drastischere Kürzung sei nur durch den nachhaltigen Einsatz der Fraktion der SPD verhindert worden. Für 2013 müsse der entsprechende Haushaltstitel wieder auf das Niveau von 2011, nämlich 5 Mio. Euro, erhöht werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen sei es, den 2002 von der rot-grünen Bundesregierung initiierten „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland“ in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kinder- und Jugendreiseveranstaltern weiterzuentwickeln. Innerhalb der Bundesregierung gebe es unterschiedliche Zuständigkeiten im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus, was eine Schwachstelle sei. Gefordert würde deshalb eine interministerielle Arbeitsgruppe, um die unterschiedlichen Kompetenzen in diesem Bereich zu bündeln sowie ein einheitlicher Ansprechpartner der Bundesregierung, an den sich alle Akteure im Bereich von Kinder- und Jugendreisen wenden könnten. Schließlich müsse bei den Ländern für eine einheitliche statistische Erfassung von Kinder- und Jugendunterkünften und Übernachtungszahlen geworben werden. Auch hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Die Fraktion der SPD werde sich des Themas weiter annehmen, gerade auch im Hinblick auf das 2013 stattfindende Themenjahr der DZT „Junges Reiseland Deutschland“.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen werde abgelehnt, da er kaum harte Forderungen, aber reichlich weiche Anregungen sowie eine Falschdarstellung der Haushaltsmittel für zentrale und überregionale Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sowie Jugendherbergen enthalte.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, Kinder- und Jugendtourismus sei ein wichtiger Pfeiler innerhalb des Tourismus. Für die Fraktion der FDP zähle vor allem Qualität, aber auch Vielfalt und Wettbewerb sowie Wirtschaftlichkeit. Um eine bessere Vernetzung zu erreichen, spreche sich die Fraktion der FDP auch gegen eine Abgrenzung zwischen gewerblichen und gemeinnützigen Veranstaltern und Trägern aus. Gewünscht sei vielmehr eine enge Zusammenarbeit aller Anbieter von Kinder- und Jugendreisen bis hin zu einer Öffnung des „BundesForums Kinder- und Jugendreisen e. V.“ für gewerbliche Anbieter. Was die Mittel für Jugendherbergen angehe, so sei zu sagen, dass die Jugendherbergen in den letzten Jahren in erheblichem Maße renoviert worden seien. Wenn dieser Bedarf nun wegfalle, ergebe sich daraus sinnhafterweise eine gewisse Kürzung im Haushalt. Wichtig sei, dass die Qualität der Angebote stimme. Die Entwicklung eines einheitlichen Qualitätssiegels wäre hier sicherlich der richtige Weg. Kinder und Jugendliche würden als bedeutende Zielgruppe für die Reisebranche zunehmend wahrgenommen, nachdem sie viel zu lange unterschätzt worden seien. Dabei sei der Mensch in seinem Leben nie mehr so lernfähig und aufnahmebereit, wie gerade in der Kindheit und Jugend. Deshalb gelte es, den Bereich Kinder- und Jugendtourismus mehr in den Fokus zu nehmen. Die Bundesregierung werde diesen wichtigen touristischen Bereich auch weiterhin finanziell unterstützen, Gießkannenpolitik könne und wolle man sich aber nicht mehr leisten. Notwendig sei vielmehr eine zielgerichtete Förderung. Es gelte aber auch, ausgetretene Pfade zu verlassen und Neues zu wagen. Gute Ideen seien gefragt, die aber in dem Antrag der Koalitionsfraktionen bereits enthalten seien. Der Antrag der Fraktion der SPD sei insoweit überflüssig.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kündigte an, sich beim Antrag der Koalitionsfraktionen zu enthalten, weil er zwar in die richtige Richtung gehe, jedoch die konkrete Umsetzung vermissen lasse. Der Antrag der Fraktion der SPD werde unterstützt, weil auch die Fraktion DIE LINKE. der Meinung sei, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zum Reisen haben müssten, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das „BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V.“ habe in seiner Stellungnahme zu den Anträgen erklärt, dass Kinder- und Jugendreisen integraler Bestandteil der Jugendhilfe seien. Besondere Aufmerksamkeit – so das „BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V.“ – werde dabei sozial Benachteiligten, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Mädchen und Jungen mit Behinderung und Bildungsbenachteiligten zuteil. Gerade für diese Kinder und Jugendlichen würde das Teilhabe- und Bildungspaket finanzielle Möglichkeiten eröffnen, wenn schulische und außer-

schulische Aktivitäten eine gleiche Behandlung erfahren würden. Das „BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V.“ schlage daher eine Erhöhung des Betrages für die Teilhabe an außerschulischen Aktivitäten von jährlich 120 auf 300 Euro vor. Dieser Forderung schließe sich die Fraktion DIE LINKE. ausdrücklich an. Sozialer Tourismus sei nicht zum Nulltarif zu haben. Es sei zu bedauern, dass sich der Ausschuss für Tourismus nicht die Zeit genommen habe, zu diesen und den anderen vorgelegten Vorschlägen die betroffenen Verbände und Organisationen anzuhören. Was den Bereich der Jugendherbergen angehe, so sei darauf zu verweisen, dass die Renovierungen noch nicht abgeschlossen seien. Außerdem seien Jugendherbergen heute in der Regel größer und würden höhere Unterhaltskosten verursachen. Kürzungen der öffentlichen Mittel könnten daher auf keinen Fall hingenommen werden. Das Argument der Fraktion der CDU/CSU, die aufgestellten Forderungen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zu prüfen, sei nicht nachzuvollziehen, da bei den meisten politischen Diskussionen auch der Haushalt mit betroffen sei. Das Argument zu Ende gedacht bedeute, dass man sich Diskussionen sparen könne und lediglich zwei Mal im Jahr eine Haushaltsdebatte führe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** war der Ansicht, dass es zehn Jahre nach Verabschiedung des „Aktionsplans“ richtig gewesen wäre, einen fraktionsübergreifenden Antrag vorzulegen. Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte die acht Ziele des Aktionsplanes, die innerhalb der Branche immer noch als verbindlich gälten, weiterentwickelt und mit neuen politischen Kriterien versehen werden sollen. Ein neuer Aktionsplan müsse in Zusammenarbeit mit den Ländern erarbeitet werden, um gemeinsame Ziele festzulegen und besondere Themen wie Teilhabe und Qualität bei den Kinder- und Jugendreisen weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang sei das Thema Sanierung von Unterkünften sehr wichtig und die Ausführungen der Koalitionsfraktionen dazu gäben jedoch Anlass zur Verwunderung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte unter anderem ein einheitliches Gütesiegel im Kinder- und Jugendreisebereich, Projekte zum sozialen Lernen und zur Gesundheitsprävention voranbringen sowie die statistische Erfassung in diesem Segment deutlich verbessern.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei in seinem Feststellungsteil sehr ordentlich, bei den Forderungen an die Bundesregierung jedoch unkonkret geblieben und mit sehr vielen Prüfaufträgen versehen. Wichtige und kritische Punkte seien nicht aufgegriffen worden, die aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber nicht unerwähnt bleiben dürfen. So fehlten Ansätze zur sozialen Teilhabe, der Präventionsgedanke und auch eine Unterscheidung von kommerziellen und nichtkommerziellen Anbietern komme nicht vor. Im Feststellungsteil sei richtigerweise auf die Bedeutung der energetischen Sanierung hingewiesen worden, bei den Forderungen sei dieser Punkt jedoch nicht aufgegriffen worden. Aus diesen Gründen sei der Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig.

Der Antrag der SPD sei deutlich besser, habe eine solide Basis in seinen Forderungen und hätte den Antrag der Koalitionsfraktionen sinnvoll ergänzt. Bei den Unterkünften beziehe sich der Antrag in erster Linie auf Jugendherbergen, die aber lediglich zehn Prozent bei den Kinder- und Jugendunterkünften ausmachten. Weiter fehlten Aussagen zur Datenlage, eine gezielte Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und Vorschläge für eine konzertierte Aktion zur Verbesserung der Qualität und Qualifizierung. Bei der Abstimmung werde sich die Fraktion daher enthalten.

Berlin, den 23. Mai 2012

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Helga Daub
Berichterstatterin

Thomas Lutze
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333